

## Aus der Landesgeschäftsstelle

- Tag des Flüchtlings: „Menschenrechte kennen keine Grenzen“ S. 2  
Abschottung und Rassismus widersprechen Genfer Flüchtlingskonvention
- Württembergischer Konfirmanden backen Brot für die Welt S. 3  
„5.000 Brote zum Teilen – Wenn jeder etwas abgibt, reicht es für alle.“
- „CETA und TTIP besiegeln Ausverkauf von Werten und Grundrechten“ S. 4  
Landesstelle Brot für die Welt: Freihandelsabkommen nicht zustimmen
- Armut nimmt Kindern Chancen auf eine gute Zukunft S. 5  
Weltkindertag: Diakonie fordert Gerechtigkeit und Teilhabe
- Alles Gute zum Schulstart! S. 7  
Diakonie fordert höhere Beihilfen und bietet Aktionen
- Modellprojekt zur legalen Arbeitsmigration aus dem Kosovo macht Schule S. 8  
Zweiter Jahrgang der Ausbildung zur Altenpflege startet mit 54 Teilnehmenden
- Saisonstart der Freiwilligendienste S. 10  
Über 1.500 Freiwillige beginnen ihren Dienst
- Flüchtlinge im Freiwilligendienst S. 12  
Gewinn für die Gesellschaft – Beitrag zur Integration
- Offen sein und Vielfalt leben S. 14  
Forum „Inklusion im Fokus“ zum Gelingen von Teilhabe
- Jungen Flüchtlingen eine Perspektive geben S. 16  
Diakonie fordert Stopp von Abschiebungen junger Flüchtlinge
- Mehr Spenden für Brot für die Welt S. 18  
Evangelisches Hilfswerk legt Jahresbilanz 2015 vor

## Aus den Regionen

- Bethesda Krankenhaus Stuttgart wechselt Trägerschaft S. 19  
Bundeskartellamt gibt grünes Licht für Übernahme
- 1,5 Millionen Euro für Projekte S. 20  
Evangelische Mission in Solidarität (EMS) unterstützt Mitgliedskirchen
- Dringende Nachbesserungen beim Bundesteilhabegesetz gefordert S. 21  
Diskussionsrunde nimmt den Gesetzesentwurf kritisch in den Blick
- Neuerungen im Gesetz nicht zu Lasten Betroffener und der Qualität S. 23  
Fachgespräch zum Bundesteilhabegesetz mit Annette Widmann-Mauz

**Kurznachrichten** S. 24

**Personalnachrichten** S. 27

Tag des Flüchtlings: „Menschenrechte kennen keine Grenzen“

**Zum Tag des Flüchtlings am kommenden Freitag ruft Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, zu Integration von Anfang an auf. „Geflüchtete Menschen sollen selbstständige und aktive Mitglieder der Gesellschaft sein.“ Abschottung an den Grenzen und die Diskussion über Obergrenzen seien keine Antwort auf weltweite Flüchtlingsbewegungen, sondern treibe schutzsuchende Menschen auf noch gefährlichere Fluchtrouten. Innere Abschottung, Rassismus und Gewalt seien in einer demokratischen Gesellschaft nicht hinnehmbar.**

**Stuttgart.** Stacheldraht und Zäune widersprechen dem Grundgedanken der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, die bis heute die Grundlage des internationalen Rechts zum Schutz der Flüchtlinge bilde. Die Konvention, die in diesem Jahr 65 Jahre besteht, bezieht sich auch auf die Rechte, die Flüchtlingen als Bürgerinnen und Bürger des aufnehmenden Landes zustehen. Hier ist Integration „der Schlüssel für ein gutes Miteinander“, sagt Kaufmann. Geflüchteten eine Zukunftsperspektive zu bieten, bedeute auch, ihnen einen uneingeschränkten Zugang zu Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit zu eröffnen. Die beschlossenen schnelleren Zugänge zu Ausbildung und Arbeitsmarkt begrüßt die Diakonie ausdrücklich. „Auch das ist Ausdruck unseres Werteverständnisses in einer starken, menschlichen und solidarischen Gesellschaft, dass Flüchtlinge soziale und ökonomische Rechte haben sowie Freizügigkeit genießen.“

Christen stehen laut Kaufmann in der Nachfolge der „heimatlosen Aramäer“ aus dem Gebiet des heutigen Syrien, des Irak und anderer Länder im Mittleren Osten. Das Christentum sei eine Religion, die auch aus Flüchtlingserfahrungen gewachsen sei. Das Gebot, den Fremden zu lieben, sei so für Christen die Erfüllung der Gottes- und Nächstenliebe. Die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten, nannte er „problematisch im Hinblick auf grundlegende Prinzipien der Genfer Flüchtlingskonvention“.

Als Antwort auf eine „zunehmend desintegrativ“ ausgerichtete Politik fordert Oberkirchenrat Dieter Kaufmann die Gestattung des Familiennachzugs für subsidiär geschützte Flüchtlinge, die Rücknahme der Verlängerung des Aufenthalts in Erstaufnahmeeinrichtungen und die Vermeidung von Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge, die nicht familiäre und soziale Beziehungen sowie die Infrastruktur vor Ort berücksichtigen. Ebenso seien das in der Praxis zu beobachtende Arbeitsverbot und die Verweigerung einer „Ausbildungs-Duldung“ für Flüchtlinge mit einer so genannten „schlechten Bleibeperspektive“ weder für die Flüchtlinge selbst noch für die Gesellschaft förderlich. Auch gegen die Rückkehr zum Sachleistungsprinzip in Gemeinschaftsunterkünften spricht sich Kaufmann aus. cm

Weitere Informationen: Ottmar Schickle, Flüchtlingshilfen, Tel.: 0711/1656-283, Tel.: 0711/1656-283.

### Württembergische Konfirmanden backen Brot für die Welt

**Diese Botschaft gibt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, Landesstelle Brot für die Welt, den württembergischen Konfirmanden mit auf den Weg: „Wenn jeder etwas abgibt, reicht es für alle.“ Das gesellschaftliche Solidarprinzip beruht darauf. Kirche und Diakonie setzen sich dafür ein, dass das international Anwendung findet. Der Erlös der Aktion „Brot zum Teilen: Konfirmanden backen 5.000 Brote für Brot für die Welt“ unterstützt Kinder- und Jugendprojekte in Albanien, El Salvador und Ghana. Konfirmanden aus Esslingen eröffnen die Backaktion offiziell für Württemberg.**

**Stuttgart/Esslingen.** Konfirmanden in mehr als 60 Gemeinden in ganz Württemberg backen wieder Brote zum Teilen. Sie beteiligen sich damit an der bundesweiten Aktion „Brot zum Teilen: Konfis backen 5.000 Brote“ von Brot für die Welt, die jedes Jahr von Erntedank bis zum 1. Advent läuft. Den Auftakt in Württemberg machen die Konfirmanden der Stadt- und Frauenkirchengemeinde mit Oberkirchenrat Dieter Kaufmann sowie Pfarrer Christoph Bäuerle in der Stadtbäckerei Schultheiß. Sie öffnet für die Aktion ihre Backstube. Die Jugendlichen backen dort außerhalb der normalen Betriebszeiten unter fachkundiger Anleitung selbst Brot und gewinnen dabei einen Einblick in den handwerklichen Beruf. Gegen eine Spende geben sie das Brot am Samstag, 1. Oktober 2016, auf dem Wochenmarkt in Esslingen ab. Der Erlös kommt Kinder- und Jugendbildungsprojekten von Brot für die Welt in Albanien, El Salvador und Ghana zugute.

„Gottes Tisch ist reich gedeckt. Jesus zeigt uns, was geschieht, wenn man Brot teilt. Die Speisung der 5.000 ist die wunderbare Geschichte, dass alle satt werden. Wenn jeder etwas abgibt, reicht es für alle. Es ist wichtig, dass wir dies jungen Menschen vermitteln. Und es ist erfrischend zu sehen, dass die Konfirmanden erfahren, dass es Spaß macht, sich gemeinsam zu engagieren“, so Kaufmann. „Ich danke allen, die diese Aktion möglich machen. Das ist mit Herz gebacken und schafft Freude hier und bei den Jugendlichen in Albanien, El Salvador und Ghana.“ js

Weitere Informationen: Jini Srisuphannaraj, Referentin Brot für die Welt, Tel.: 0711/1656-119, E-Mail: [Srisuphannaraj.j@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:Srisuphannaraj.j@diakonie-wuerttemberg.de)

„CETA und TTIP besiegeln Ausverkauf von Werten und Grundrechten“

**Gewinnmaximierung um jeden Preis versus globale Gerechtigkeit und fairen Handel – die Diakonie Württemberg, Landesstelle Brot für die Welt, setzt sich dafür ein, Fluchtursachen zu bekämpfen. Die Freihandelsabkommen CETA und TTIP stärken einseitig ökonomische Interessen. Sie sind geeignet, Fluchtursachen weltweit zu verschärfen.**

**Stuttgart.** 65 Millionen Menschen weltweit sind auf der Flucht – die Bundesrepublik hat gut 82 Millionen Einwohner. Die Fluchtursachen sind vielfältig, etwa Krieg, Terror, systematische Verletzung der Menschenrechte, die Folgen des Klimawandels, Umweltzerstörung, unfaire Handelsbeziehungen. „Die geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP leisten Fluchtursachen wie Umweltzerstörung, Trinkwassernotstand, Verletzung der Menschenrechte weiter Vorschub und besiegeln den Ausverkauf sozialer Werte und demokratischer Grundrechte“, mahnt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, Landesstelle Brot für die Welt. „CETA und TTIP schwächen durch Sonderklagerechte für finanzstarke Investoren kleine und mittelständische Unternehmen. Durch unsere internationale Diakonie wie Brot für die Welt wissen wir, dass in Entwicklungs- und Schwellenländern die Bevölkerung unter teils menschenverachtenden Arbeits- und Lebensbedingungen leidet, damit Produkte in den Industrienationen möglichst billig zur Verfügung stehen. Nur wenn wir Handelsbeziehungen und internationale Handelsabkommen fair und nachhaltig gestalten, sichern wir gute Lebensbedingungen für alle Menschen. In ihrer Heimat. Und wir erhalten die natürlichen Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen. Das ist unser menschlicher und christlicher Anspruch.“

Die Diakonie Württemberg, Landesstelle Brot für die Welt, fordert die Landesregierung auf, den Freihandelsabkommen im Bundesrat nicht zuzustimmen. „Die reichen und starken Industrienationen tragen eine besondere Verantwortung“, so Kaufmann. Sie sollen ihre handelspolitischen Ambitionen zukünftig darauf konzentrieren, multilaterale Handelsbeziehungen auf allen Ebenen zukunftsfähig und gerecht mitzugestalten. Verhandlungen sind mit allen Partnern auf Augenhöhe, offen und transparent zu führen. „Ein gerechter Welthandel ist ein wichtiger Aspekt, wenn wir Fluchtursachen bekämpfen. Dafür setzen sich Diakonie und Kirche ein. Wir müssen als Menschen und als Christen Flagge zeigen! Wir rufen deshalb dazu auf, das Bündnis ‚CETA&TTIP stoppen! Für einen gerechten Welthandel!‘ zu unterstützen.“ Am 17. September 2016 fanden bundesweit Großdemonstrationen für einen gerechten Welthandel statt, unter anderem in Stuttgart. Mit rund 30 weiteren Organisationen gehört Brot für die Welt zum Trägerkreis des Bündnisses „CETA&TTIP stoppen! Für einen gerechten Welthandel!“.

<http://info.brot-fuer-die-welt.de/termin/einen-gerechten-welthandel-ceta-ttip-stoppen>

### Armut nimmt Kindern Chancen auf eine gute Zukunft

**Zum Weltkindertag am 20. September hat die Diakonie in Württemberg das Recht auf Bildung und Förderung für alle Kinder gefordert. „Es darf nicht sein, dass so viele junge Menschen unter Armut leiden und deshalb weniger Chancen auf Bildung und Teilhabe haben“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, auch mit Blick auf Flüchtlingsfamilien. Die Familien- und Bildungspolitik müsse sich als „unabdingbarer Bestandteil einer zukunftsgerichteten Sozialpolitik“ verstehen.**

**Stuttgart.** Die Wirtschaft wächst, die Kinderarmut steigt. Rund zwei Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland – 14,7 Prozent ihrer Altersgruppe – leben in einer Familie, die auf staatliche Grundsicherung angewiesen ist, so eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung. „Eine solche Entwicklung widerspricht unserer christlichen Vorstellung von einer Gesellschaft in Solidarität und Gerechtigkeit“, betont Oberkirchenrat Dieter Kaufmann. Andauernde Erfahrung von Armut in Kindheit und Jugend wirke sich oft negativ auf das weitere Leben aus. Vernachlässigte Gesundheit, Bildung und Teilhabe mindern die Chance auf ein Leben. Der Zuzug von Flüchtlingen mache die Situation von Kinderarmut noch dringlicher. „Die Lage von Flüchtlingskindern und ihren Familien ist meist prekär und wird in der Debatte zum Thema Kindeswohl und Chancen für die Zukunft oft vergessen.“

Kinder und Jugendliche mit alleinerziehendem Elternteil und Kinder mit zwei und mehr Geschwistern sind besonders häufig von Armut betroffen. Die Studie unterstreicht erneut, dass Kinder aus armen Familien in Deutschland längst nicht über dieselben Bildungs- und Gesundheitschancen wie Gleichaltrige aus finanziell gesicherten Familien verfügen.

„Schockierend und nicht akzeptabel ist, dass trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung vielen Kindern in Deutschland eine zuverlässige, stabile und berechenbare soziale Versorgung fehlt, die sie in ihrer persönlichen Entwicklung unterstützt, anregt und ihnen Sicherheit gibt“, sagt Eva-Maria Armbruster, Stellvertreterin des Vorstandsvorsitzenden des Diakonischen Werks Württemberg.

Kaufmann und Armbruster bezeichnen die Situation als „alarmierend“. Institutionen und Politik seien gleichermaßen gefragt. „Die Diakonie steht für die Chancengleichheit aller Kinder“, so Kaufmann, denn „es sollte überhaupt kein Armer unter euch sein.“ (5. Mose 15,4). Die Diakonie in Württemberg entwickelt seit Jahren entsprechende Angebote, zum Beispiel Patenschaften für Jugendliche in der Schule und im Übergang zur Ausbildung. Häufig sind diese auf ehrenamtliches Engagement und Spenden angewiesen.

Die lokale Politik ist gefordert, Teilhabe für Familien und Kinder in ihren Sozialräumen zu schaffen. Leichtere Zugänge zu Kindertageseinrichtungen

und Schulen für Flüchtlingskinder und die Aufhebung armutsbedingter sozialer Isolation von Kindern müssen gewährleistet werden.

Die Familien- und Bildungspolitik müsse sich als unabdingbarer Bestandteil einer zukunftsgerichteten Sozialpolitik verstehen. Alle Einrichtungen und Dienste seien gefragt, Angebote zu entwickeln, zu planen und vorzuhalten, die die Lebensbedingungen der von Armut betroffenen Kinder und Familien verbessern, so Kaufmann.

Das Diakonische Werk Württemberg fordert eine Erhöhung des Grundsicherungssatzes und steuerliche Entlastung von Familien und Alleinerziehenden. „Es gilt, über neue Ansätze und Modelle zur allgemeinen Armutsbekämpfung in unserer Gesellschaft nachzudenken und zu diskutieren – und sie zügig in die Tat umzusetzen“, so Kaufmann.

In ihrer Herbstsammlung stellt die Diakonie in Württemberg die Situation von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt. „Voll krass“ – nicht alle Kinder und Jugendlichen haben gute Bedingungen für ihren Lebensweg. Die Diakonie hilft und bittet um Unterstützung für spendenfinanzierte Angebote. cm

Mehr Informationen: Sonja Schmid, Abteilung Kinder, Jugend und Familie, Tel.: 0711/1656-227, E-Mail: [schmid.s@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:schmid.s@diakonie-wuerttemberg.de)

Alles Gute zum Schulstart!

**Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung. „Kinder aus armen Familien brauchen gutes Schulmaterial, um nicht von Beginn an benachteiligt und diskriminiert zu sein. Der Zuschuss für Familien mit Bezug von Hartz IV oder Sozialhilfe von 100 Euro pro Schuljahr reicht bei Weitem nicht aus“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg.**

**Stuttgart.** Die Diakonie unterstützt Kinder aus armen Familien und fordert zum Schulstart ausreichende und rechtzeitige Hilfe. Sobald die Einschulungsbestätigung im März vorliegt und die Kaufhäuser ihre Sonder- und Komplettausstattungen zur Einschulung anbieten, sollte Empfängern von Hartz-IV-Leistungen und Familien mit geringem Einkommen eine „Einmalige Beihilfe zur Einschulung“ von 300 Euro gewährt werden, außerdem müsse der Zuschuss pro Schuljahr auf 150 Euro erhöht werden.

Bei einer Einschulung entstehen laut einer aktuellen Studie des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Evangelischen Kirche in Deutschland Kosten von mindestens 300 Euro. Wechselt das Kind nach der fünften Klasse an eine weiterführende Schule, wird es mit rund 350 Euro sogar noch etwas teurer.

Der Zuschuss für Familien aus dem „Bildungs- und Teilhabepaket“ deckt nach Ansicht Kaufmanns höchstens den Kauf von Heften und Schreibmaterialien, nicht aber eine Grundausstattung zur Einschulung ab: Schulranzen, Mäppchen, Sporttasche, Turnschuhe für den Sportunterricht, Ersatzbeschaffung der Sportsachen nach einem Wachstumsschub und Lernmittel wie Atlanten, Wörterbücher, Duden, Formelsammlungen oder Schreibtisch und Computer. „Gerade für diejenigen, die nicht für sich selbst sorgen können, setzen wir uns in der Nachfolge Christi ein.“

Wer zum Schuljahresbeginn Hilfe braucht, kann sich an eine der rund 50 Diakonischen Bezirksstellen in Württemberg wenden. Diese Beratungsstellen bieten persönliche und praktische Hilfen. Sie überprüfen, ob im Einzelfall ergänzende Leistungen des Staates beansprucht werden können und vermitteln Hilfen aus örtlichen Projekten und überregionalen Hilfsfonds.

Viele Diakonische Bezirksstellen vor Ort bieten mit Aktionen zum Schulbedarf konkrete Unterstützung an, zum Beispiel in Calw, in den Landkreisen Esslingen und Ludwigsburg, in Göppingen, Heubach, Sulz. Im Rahmen der Aktion informiert die Diakonie über das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung. Die Aktion Schulstart ist ein guter Anlass, auch darüber aufzuklären. Für manche Klienten ist dies der erste Kontakt zu den Beratungsangeboten. cm

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Tel.: 0711/1656-117, E-Mail. [stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de)

---

Modellprojekt zur legalen Arbeitsmigration aus dem Kosovo macht Schule

**Blaupause für Projekte mit weiteren Ländern Südosteuropas: 54 junge Menschen aus dem Kosovo beginnen in diakonischen Einrichtungen eine Ausbildung zur Altenpflegefachkraft. Die Diakonie Württemberg öffnet erneut einen legalen Weg nach Deutschland. Beide Seiten profitieren: Die jungen Menschen entgehen der Arbeitslosigkeit im Kosovo, und sie erlernen einen Beruf, in dem hier Fachkräftemangel herrscht. Mit abgeschlossener Ausbildung haben sie eine Bleibeperspektive.**

**Stuttgart.** Das Modellprojekt der württembergischen Diakonie geht mit dem zweiten Ausbildungsjahrgang an den Start. 54 junge Kosovaren beginnen eine Ausbildung in der Altenpflege. Es ist das umfangreichste Projekt dieser Art im Land. Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, hebt hervor, dass es wichtig sei, „dass die jungen Auszubildenden für die Menschen da sind in der Pflege.“ Dies verbinde alle Religionen. „Das erste Projektjahr hat gezeigt: Unser Modellprojekt ist als Blaupause für Angebote für Auszubildende aus weiteren Ländern Südosteuropas geeignet. Wir brauchen dringend Fachkräfte in der Pflege. Die jungen Menschen brauchen dringend eine Ausbildung und eine Perspektive.“

Neun Monate lang haben sich die Projektteilnehmenden im Kosovo auf die Ausbildung und das Leben in Deutschland vorbereitet. Im Juni hospitierten die Bewerber in den Einrichtungen, in denen sie die Ausbildung antreten: in der BruderhausDiakonie, der Evangelischen Diakonieschwesternschaft Herrenberg-Korntal, in der Evangelischen Heimstiftung, Mariaberg, der Samariterstiftung, der Evangelischen Altenhilfe St. Georgen, den Diakonischen Diensten Singen und dem Seniorenzentrum Paul Gerhardt Pforzheim.

Der Pilot startete im Herbst 2015 mit damals 27 jungen Kosovaren. Am Ende des ersten Ausbildungsjahrs liegen sie im guten Durchschnitt ihrer jeweiligen Ausbildungsklassen. Einige der jungen Leute haben nach dem ersten Jahr zusätzlich die Prüfung zum Altenpflegehelfer absolviert. Eine Auszubildende erhielt für ihren hervorragenden Abschluss eine Auszeichnung.

Auch die Ausbildungsträger sind zufrieden. „Nach einem Jahr Kosovo-Projekt können wir sagen: Es funktioniert“, sagt Johannes Miller, Hausdirektor des Martin-Haug-Stifts in Freudenstadt. Die Struktur des Projekts bewähre sich. „Wir haben großen Respekt vor der Leistung der beiden bei uns beschäftigten Auszubildenden. Sie sprechen jetzt fließend deutsch, sind erfolgreich in der Schule und richtig beliebt bei unseren Bewohnern.“ Durch das Projekt entstehe eine Vielfalt im Mitarbeiterteam, die der kultursensiblen Pflege zugute komme. Miller: „Wir haben weiterhin einen Bedarf an guten Fachkräften, und im Kosovo gibt es viele junge Menschen, für die eine



Pflegeausbildung in Deutschland eine große Chance ist. Deswegen machen wir auch in der zweiten Runde mit.“

Diakonische Einrichtungen in Baden-Württemberg haben für den Ausbildungsbeginn 2017 bereits weitere 46 Ausbildungsplätze gemeldet. Das Interesse der jungen Kosovaren ist ebenfalls hoch. Beim Kooperationspartner der Diakonie, der kosovarischen Nichtregierungsorganisation APPK (Agentur für Beschäftigungsförderung Kosovo), gingen für 2017 innerhalb von einer Woche mehr als 380 Bewerbungen ein. Zusätzlich zum allgemeinen Deutschkurs bietet APPK allen Bewerbern einen speziellen Deutschkurs für Pflegekräfte an, denn der benötigte professionelle Sprachschatz ist im Vokabular für B1 nicht enthalten. Mit diesem zusätzlichen Angebot erleichtert die Diakonie den Einstieg in die schulische Ausbildung.

Die Bevölkerung des Kosovo ist sehr jung; jeder Zweite ist unter 25 Jahre. Die Arbeitslosigkeit liegt bei durchschnittlich 40 Prozent. Bei Jugendlichen ist sie noch höher. Jedes Jahr drängen mehr junge Menschen auf den kosovarischen Arbeitsmarkt. Die lokale Wirtschaft ist noch schwach. Politische Instabilität, unzureichende Infrastruktur, schwierige Rahmenbedingungen und Investitionshürden belasten die wirtschaftliche Entwicklung. Das Projekt der Diakonie Württemberg bietet Chancen: legale Migration nach Deutschland; Ausbildung in einem Mangelberuf in Deutschland und anschließend die Möglichkeit, in dem Beruf zu arbeiten und dauerhaft zu bleiben. Wer zurück in die Heimat möchte, hat nach bestandener Prüfung eine qualifizierte Ausbildung absolviert und kann Wissen und Erfahrung in die Gestaltung des Kosovo einbringen. Demzufolge hat das Projekt die volle Unterstützung der Regierung des Kosovo, der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der deutschen Botschaft. Arban Abrashi, kosovarischer Minister für Soziales und Arbeit, Christina Gehlsen, stellvertretende Leiterin der deutschen Botschaft in Priština, und James Macbeth, Leiter des Büros der GIZ in Priština, haben die jungen Menschen persönlich in Priština verabschiedet und ihnen viel Erfolg gewünscht.

Die Diakonie Württemberg setzt sich für die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen in Notlagen ein, unter anderem für Flüchtlinge und Migranten. Zwölf Flüchtlinge absolvieren bei einem weiteren Pilotprojekt von Diakonischem Werk Württemberg, Samariterstiftung und Welcome Center Sozialwirtschaft ihre Ausbildung zur Pflegefachkraft. cm

Weitere Informationen: Johannes Flothow, Internationale Diakonie, Tel.: 0711/1656-282, E-Mail: flothow.j@diakonie-wuerttemberg.de

### Saisonstart der Freiwilligendienste

**Zum Saisonstart treten rund 1.500 Freiwillige ihren Dienst bei der Diakonie in Württemberg an. Bei der Diakonie in Baden-Württemberg starten insgesamt 2.400 Engagierte. Die württembergische Diakonie bietet neben dem klassischen Freiwilligen Sozialen Jahr und Bundesfreiwilligendienst besondere Programme zum Beispiel zur Berufsorientierung. Weitere Angebote gibt es beispielsweise für und mit Flüchtlingen.**

**Stuttgart.** „Freiwilliges Engagement ist eine wichtige Säule unserer Solidargemeinschaft. Junge Menschen für freiwilliges Engagement zu gewinnen und ihnen gleichzeitig eine Orientierung für den eigenen Lebensweg zu bieten, dafür steht Diakonie“, so Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. „Wir wollen eine gute Gesellschaft für alle gestalten. Deshalb unterstützen wir junge Menschen auf dem Weg in ein selbstbestimmtes und verantwortungsvolles Leben und helfen ihnen dabei, die ihnen von Gott geschenkten Gaben zu entwickeln und einzusetzen.“

In der Diakonie Württemberg absolvieren bereits 19 Flüchtlinge ihren Freiwilligendienst. 14 weitere geflüchtete Menschen starten nun im September ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) in Einrichtungen der Behinderten- und Altenhilfe, im Kindergarten, in der Hauswirtschaft und Haustechnik. Mehrere Geflüchtete arbeiten in der Flüchtlingshilfe. Interessierte müssen mindestens 18 Jahre alt sein und Grundkenntnisse der deutschen Sprache haben. Eine weitere Voraussetzung ist die Zustimmung der Ausländerbehörde zur Tätigkeit im Freiwilligendienst.

Ansonsten gelten annähernd dieselben Bedingungen wie für deutsche Freiwillige im FSJ oder BFD. Neben interessanten und verantwortungsvollen Aufgaben bietet die Diakonie ein Taschengeld, Weiterbildungen und die Chance, bei der Berufsorientierung die entscheidenden Weichen zu stellen. Ausländische Teilnehmende bekommen einen Deutschkurs finanziert. Ihre Einsatzstelle können Geflüchtete aus mehreren Bereichen auswählen, das kann beispielsweise die Altenhilfe, die Behindertenhilfe oder das Krankenhaus sein. Darüber hinaus gibt es auch die Möglichkeit für und mit geflüchteten Menschen zu arbeiten. Die Tätigkeiten in der Behindertenhilfe oder in Kirchengemeinden reichen von der Betreuung und Begleitung im Alltag und bei Freizeitaktivitäten, Unterstützung bei Behördenterminen bis zur Teilnahme an Bildungsangeboten.

Der Einsatz der Freiwilligen dauert in der Regel ein Jahr und gestaltet sich je nach Einsatzstelle sehr unterschiedlich. 65 Teilnehmende im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) oder im ökologischen Bundesfreiwilligendienst (öBFD) der Diakonie Württemberg arbeiten zum Beispiel auf einem Schulbauernhof mit, in der Landschaftspflege oder bei einem Umweltzentrum. Für 42 Teilnehmende im FSJ focus liegt ein Schwerpunkt in ihrem Freiwilli-

gendienst auf der beruflichen Orientierung. Am Freiwilligendienst FWD<sup>Inter-  
national</sup> nehmen 49 junge Leute aus 29 Ländern teil. Im Programm x-change – weltwärts mit der Diakonie engagieren sich 17 Freiwillige in Projekten unserer ökumenischen Partner in Jordanien, Palästina, Peru, Tansania und in der Ukraine. Eine große Bandbreite von Einsatzorten, Tätigkeitsfeldern, Motivationen, Persönlichkeiten.

Von den 35 jungen Frauen und 13 jungen Männern kommen etwas mehr als die Hälfte direkt aus ihren Heimatländern, während die anderen bereits ein Au-Pair-Jahr in Deutschland absolviert haben. Die meisten bringen bereits einiges an Lebenserfahrung und gute Deutschkenntnisse mit. Die Freiwilligen werden ab 1. September für zwölf Monate in Einrichtungen der Behindertenhilfe, Altenpflege, im Bildungsbereich oder in der Früherziehung eingesetzt. Bereits im September trafen sie ihre international zusammengesetzten Seminargruppen der Diakonie Württemberg und nehmen zusammen mit deutschen Freiwilligen am begleitenden Bildungsprogramm des FSJ/BFD teil. Die Diakonie Württemberg bietet bereits seit 1996 für junge Erwachsene aus aller Welt die Möglichkeit zum Freiwilligendienst an. Die Einrichtungen schätzen die kulturelle Bereicherung durch die Mitarbeit der Freiwilligen aus aller Welt sehr. Sie bringen mit ihrer Kultur, Neugier und Motivation neue Ideen und Sichtweisen für die Arbeit mit. cm

Weitere Informationen: Karin Renz, Abteilung Freiwilliges Engagement, Tel.: 0711/1656-325, E-Mail: [renz.k@diakonie-wue.de](mailto:renz.k@diakonie-wue.de), [www.ran-ans-leben-diakonie.de](http://www.ran-ans-leben-diakonie.de)

### Flüchtlinge im Freiwilligendienst

**19 geflüchtete Menschen absolvieren derzeit über die Diakonie Württemberg ihren Freiwilligendienst. 14 weitere geflüchtete Menschen beginnen im September. Sie leisten damit freiwillige gemeinnützige Arbeit gegen ein geringes Taschengeld. Bürokratische Hürden und unzureichende Kostenübernahme von Sprachfördermaßnahmen belasten Einsatzstellen und Träger von Freiwilligenprogrammen.**

**Stuttgart.** Über die Diakonie Württemberg absolvieren derzeit 19 und ab September 14 weitere ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) in Einrichtungen der Behinderten- und Altenhilfe, in der Hauswirtschaft und Haustechnik. Mehrere sind selbst in der Flüchtlingshilfe tätig. „Die Flüchtlinge sind sehr motiviert. Sie wollen sich einbringen, die Sprache lernen und erste berufliche Erfahrungen machen. Sie sind für uns ein Gewinn“, so Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. „Für Flüchtlinge, die – noch – keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, ist ein Freiwilligendienst eine wichtige Komponente für Perspektive, Orientierung und Integration. Integration ist ein komplexer Prozess und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diakonie und Kirche setzen Impulse und unterstützen. Das Zusammenspiel vieler Akteure ist erforderlich.“

Geflüchtete und andere Freiwillige nehmen an den üblichen Bildungsprogrammen für Freiwillige teil und kommen so auch mit Einheimischen in Kontakt. Die Begleitung der geflüchteten Menschen ist intensiver, und sie müssen an Sprachkursen teilnehmen. Damit das zeitlich passt, können sie in den meisten Fällen 50 Prozent anstelle von Vollzeit arbeiten. Eine weitere Integrationshilfe ist die Reflexionswoche, in der sie den Freiwilligendienst und das Leben in Deutschland reflektieren.

Anleitende in der Einsatzstelle und Bildungsreferenten der Diakonie Württemberg begleiten die Freiwilligen sozialpädagogisch. Eine große Herausforderung bilden dabei die vielen notwendigen Kontakte mit Behörden und die individuellen Zukunftspläne der geflüchteten Menschen. „Die Sonderprogramme von Bund und Land sind gut gedacht, aber nicht ausreichend mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Das führt zu einem hohen Maß an Abstimmungen und bürokratischen Aufwand“, bemängelt Kaufmann. Zudem seien die zusätzlichen finanziellen Mittel im Rahmen der Sonderprogramme nicht ausreichend, beispielsweise für Sprachkurse. „Die Landessprache verstehen und sprechen ist elementar für jede Integration. Die Kosten für die Sprachförderung sollten daher komplett vom Land übernommen werden. Ebenso wichtig ist es, den Geflüchteten eine Perspektive zu bieten, beispielsweise für eine Ausbildung nach dem Freiwilligendienst. Das scheitert oft, weil die Geflüchteten keine Zeugnisse haben und formale Voraussetzungen nicht erfüllen. Die Sozialwirtschaft sucht händeringend Nachwuchs – es ist dringend geboten, pragmatische Lösungen nicht nur zu diskutieren, sondern auch umzusetzen.“ Die Möglichkeit, die Ausbildung

um eine intensive Sprachförderung zu ergänzen und auf vier Jahre zu erweitern, sollte dringend ausgebaut werden.

Die diakonischen Einsatzstellen machen mit den Freiwilligen, die nach Deutschland geflüchtet sind, gute Erfahrungen. Den Freiwilligen selbst bereitet die Arbeit viel Freude; sie wissen sich angenommen und wertgeschätzt. Der Einstieg in den Freiwilligendienst ist jederzeit möglich. Ihm geht ein ausführliches Informationsgespräch voraus.

Die Diakonie Württemberg ist einer der größten Träger von Freiwilligenprogrammen in Deutschland. Sie vermittelt rund 2.000 Bewerberinnen und Bewerber jährlich, davon ein Viertel mit Migrationshintergrund, in unterschiedliche diakonische Einrichtungen in Württemberg. Rund 50 junge Menschen reisen zudem jedes Jahr eigens aus dem Ausland an, um einen Freiwilligendienst in württembergischen Einrichtungen der Diakonie abzuleisten. Freiwilligendienste sind pädagogisch begleitet. Sie unterstützen die Teilnehmenden vor allem in der Orientierungsphase zwischen Schule und weiterer Ausbildung und fördern soziale Kompetenzen. Über 90 Prozent der Freiwilligen bewerten diese Erfahrung positiv. as

Weitere Informationen: Karin Renz, Abteilung Freiwilliges Engagement, Tel.: 0711/1656-325, E-Mail: [renz.k@diakonie-wue.de](mailto:renz.k@diakonie-wue.de), [www.ran-ans-leben-diakonie.de](http://www.ran-ans-leben-diakonie.de)

### Offen sein und Vielfalt leben

**Im Rahmen des zu Jahresbeginn gestarteten Aktionsplans „Inklusion leben“ hat die Diakonie Württemberg mit dem „Forum Inklusion im Fokus“ einen weiteren Impuls gesetzt. Rund 100 Teilnehmende mit und ohne Behinderungen sowie psychischen Erkrankungen aus diakonischen Einrichtungen, Kirchengemeinden und Zivilgesellschaft betonten, wie wichtig es neben einer guten Vernetzung ist, Haltungen zu verändern und alles, was die Teilhabe behindert, aus dem Weg zu räumen. Das von der „Aktion Mensch“ geförderte Forum lebte von der engagierten Mitgestaltung zahlreicher Akteure aus Diakonie und Kirche. Es wurde deutlich, dass gelebte Vielfalt und der Anspruch, alle mitzunehmen und zu beteiligen kein Selbstläufer ist. Es braucht viel mehr Know how, Kümmerer und Ressourcen.**

**Stuttgart/Esslingen.** Dass Barrieren allgegenwärtig sind, machte die Rollstuhlfahrerin Renate Kühn aus Bad Cannstatt gleich zu Beginn des Forums deutlich. Nur mit Hilfe eines Assistenten und eines Fahrdienstes konnte sie zum Forum in den Räumen des CVJM Esslingen kommen. In ihrer Freizeit ist sie oft auf Ehrenamtliche angewiesen, die sie beim Restaurant-Besuch oder ins Kino begleiten. Oft muss sie lange warten, bis jemand Zeit dafür hat. „Wir müssen noch viele Leute zur Inklusion bringen“, betonte sie. „Das läuft alles noch nicht so richtig.“ Es nütze ihr wenig, wenn alle nur betonten, wie wichtig Inklusion sei. „Wir müssen aufeinander zugehen, damit sich etwas bewegt – auch wenn das nicht alles von heute auf morgen geht.“

Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, machte deutlich, dass es für Kirche und Diakonie ein zentrales Anliegen ist, sich für gelingende Inklusion und Teilhabe einzusetzen. „Alle sollen sich überall beteiligen können“, so Kaufmann, denn jeder und jede könne etwas einbringen in die Gemeinschaft.

Worauf es ankommt, damit das gemeinsame Leben in Stadtteil und Gemeinde gelingen kann, machte Petra Baumann deutlich. Die durch eine Spastik stark behinderte Referentin arbeitet in einer Werkstatt des Behindertenzentrums Stuttgart am Computer. „Meiner Erfahrung nach sind Feste gute Begegnungsmöglichkeiten, bei denen man kann sich zeigen kann“, sagte sie. Noch besser sei es, ein Fest gemeinsam zu organisieren, sich einzubringen und dabei anderen zu begegnen. Mittlerweile habe man im Behindertenzentrum Kontakte zu wichtigen Leuten und auch zu Vereinen. Bewohner gingen jetzt zum Fußball, zur Gymnastik oder seien bei der evangelischen Kirchengemeinde mit dabei. „Es kommt darauf an, offen zu sein, gute Ideen zu haben und gerne etwas gemeinsam mit anderen zu machen und zusammen zu arbeiten“, so Petra Baumann weiter.

Die Workshops am Nachmittag boten einen Querschnitt davon, wie Beteiligung und Barrierefreiheit vor Ort gelebt wird und wie es gelingen kann, die Öffentlichkeit einzubeziehen und sich im Gemeinwesen zu vernetzen. Sie zeigten, wie ein inklusiver Gottesdienst oder gemeinsame Freizeitaktivitä-

ten aussehen können. Oder wie die Inklusion von Nichtbehinderten in eine Schule für Blinde funktioniert. Deutlich wurde auch, wie wichtig die Zusammenarbeit mit Kirchengemeinden ist: „Da ist viel guter Wille vorhanden und es ist ein großer Gewinn, wenn man Dinge gemeinsam gestaltet“. Klar wurde aber auch, dass „Inklusion nicht nebenher erledigt werden kann“. So brauche es in den Einrichtungen jemanden, der für das Thema stehe und voran treibe. Auch der Aufbau einer Begegnungskultur im Sozialraum benötige Zeit, hohes Engagement und fachliche Unterstützung. Deutlich auch die Botschaft, wie wichtig es ist, mit dem gemeinsamen Aufwachsen so früh wie möglich zu beginnen und die entsprechenden Ressourcen dafür bereit zu stellen.

Anfang 2016 haben evangelische Landeskirche und das Diakonische Werk Württemberg den Aktionsplan „Inklusion leben“ gestartet. Ziel ist, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, am Leben in Gemeinde und Gesellschaft gleichberechtigt teilzunehmen und aktiv mitzugestalten. Im Rahmen des Aktionsplans sollten Kirchengemeinden, kirchliche Werke und diakonische Einrichtungen vor Ort eigene inklusive Schritte gehen. Dies kann ein Gottesdienst in leichter Sprache, eine barrierefreie Jugendfreizeit oder auch ein Themenabend über Haltung gegenüber Menschen, die anders sind, sein. Dazu bietet eine Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Beratung, Begleitung und Unterstützung an. Bis zum Jahr 2020 soll so Inklusion als Querschnittsthema und Handlungsstrategie innerhalb von Landeskirche und Diakonie in Württemberg fest verankert sein. wk

Weitere Informationen: Wolfram Keppler, Geschäftsführer Aktionsplan Inklusion,  
Tel.: 0711/1656-167, E-Mail: [keppler.w@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:keppler.w@diakonie-wuerttemberg.de), [www.aktionsplan-inklusion-leben.de](http://www.aktionsplan-inklusion-leben.de)

### Jungen Flüchtlingen eine Perspektive geben

**Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge fordert die Diakonie Sicherheit auch dann, wenn sie volljährig sind. Die Diakonie rief zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August dazu auf, diese jungen Menschen weiter auf ihrem Lebens- und Berufsweg zu begleiten. Dazu ist ein sicherer Aufenthaltsstatus notwendig. Mehr als 100 Einrichtungen der württembergischen Diakonie versorgen und betreuen insgesamt rund 7.000 junge Flüchtlinge. Darunter sind 1.600 unbegleitete Minderjährige in stationären Wohngruppen.**

**Stuttgart.** Flucht und Vertreibung ziehen sich wie ein roter Faden durch die Bibel. Aus ihrer christlichen Verantwortung heraus engagiert sich die Diakonie in der Flüchtlingshilfe hier und weltweit und wendet sich heimatlosen Menschen und Opfern von Gewalt zu. Von den rund 65 Millionen Flüchtlingen weltweit sind über die Hälfte Kinder und Jugendliche unter 18. „Gerade die jungen Flüchtlinge brauchen unsere Begleitung, doch sie erwartet nach der Betreuung in unseren Wohngruppen ein ungewisses Schicksal“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Obwohl sie sich sprachlich und schulisch qualifiziert, sich kulturell und sozial in Deutschland eingefunden haben, bekämen diese jungen Menschen kaum gezielte Hilfe und Betreuung. „Junge Volljährige werden ohne ausreichende Prüfung des Einzelfalls und trotz guter Integrationschancen in sogenannte sichere Herkunftsländer und in Krisengebiete abgeschoben, auch wenn dort kein familiärer Anschluss mehr möglich ist“, beklagt Kaufmann. Nach Auffassung der Diakonie verstößt Deutschland damit gegen den Geist der UN Kinderrechtskonvention, die einen Schutz junger Menschen vorsieht, auch wenn sie volljährig sind.

Eva-Maria Armbruster, Stellvertreterin des Vorstandsvorsitzenden des Diakonischen Werks Württemberg, hält eine gute Bildung und Ausbildung dieser jungen Menschen für unerlässlich. „Junge Geflüchtete haben es nach dem Schulabschluss schwer, einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeit zu finden. Wer stellt sie ein, wenn ihr Asylantrag voraussichtlich abgelehnt wird? Diese Situation verwehrt den jungen Flüchtlingen Perspektiven auf eine gute und selbstbestimmte Zukunft. Das ist christlich nicht vertretbar und volkswirtschaftlich nicht nachvollziehbar. Gerade Baden-Württemberg sucht dringend junge Fachkräfte, und die Wirtschaft unternimmt dankenswerterweise viele Anstrengungen zur beruflichen Integration.“

Die Diakonie Württemberg erwartet sowohl von der Bundes- als auch von der Landesregierung klare Bekenntnisse zur uneingeschränkten Integration junger Flüchtlinge. Dazu sind qualifizierte und bedarfsgerechte Angebote für die Unterbringung und Betreuung junger Flüchtlinge nach den Standards der Jugendhilfe nötig. Sprachkurse und Vorbereitungsklassen gehören dazu, ebenso die sozialpädagogische Begleitung, damit die Integration in der Schule und im sozialen und kulturellen Umfeld gelingt. Gute Erfahrungen hat die Diakonie mit dem Landesprogramm der assistierten Ausbildung gemacht. Betriebe und Bildungsträger begleiten gemeinsam Auszu-



bildende, die sich auf sich allein gestellt schwer tun. Diese Form würde es auch den jungen Flüchtlingen erleichtern, einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeit zu finden und zu behalten. Oberkirchenrat Dieter Kaufmann: „Wir plädieren dringend dafür, jungen Flüchtlingen mit guten Chancen zur Integration einen sicheren Aufenthaltsstatus zu gewähren – unabhängig vom Herkunftsland.“

Die Diakonie in Württemberg setzt sich mit vielen Angeboten für junge Flüchtlinge ein. An der Betreuung unbegleiteter Minderjähriger beteiligen sich 45 diakonische Einrichtungen der Jugendhilfe an über 50 Standorten in 26 Stadt- und Landkreisen. Die Angebote umfassen Plätze zur vorläufigen oder dauernden Inobhutnahme, Hilfen zur Erziehung und Hilfen für junge Volljährige in Wohngruppen der Heimerziehung, des Betreuten Jugendwohnens, in Jugendwohnheimen, Internaten und Gastfamilien. Neben den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen unterstützt die Diakonische Jugendhilfe Kinder und Jugendliche, die gemeinsam mit Familienangehörigen gekommen sind, sowie junge Erwachsene, die alleine geflüchtet sind. Die Einrichtungen der Diakonie in Württemberg erreichen rund 7.000 junge Flüchtlinge und Familien mit Unterbringung und Betreuung unbegleiteter Minderjähriger und junger Volljähriger; in evangelischen Kindergärten und Schulen; in der Schulsozialarbeit, der Mobilien Jugendarbeit, in Familienzentren und bei der sozialen Betreuung in Gemeinschaftsunterkünften.

Den Internationalen Tag der Jugend am 12. August haben die Vereinten Nationen im Jahr 2000 eingeführt. Er macht auf die besondere Verantwortung aufmerksam, die Regierungen in der ganzen Welt für junge Menschen haben. Im Mittelpunkt stehen die Themen Bildung, Gesundheit, Armutsbekämpfung, Drogen und Jugendkriminalität. In Baden-Württemberg leben rund 1,8 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18. as

<http://www.diakonie-wuerttemberg.de/presse-und-aktuelles/pressemitteilungen/detailansicht/artikel/gut-ankommen-im-eigenstaendigen-leben/>

### Mehr Spenden für Brot für die Welt

**Brot für die Welt hat im vergangenen Jahr aus Württemberg Spenden in Höhe von 7.877.031 Euro erhalten. Das ist etwas weniger als im Jahr davor (2014: 7.972.689).**

**Stuttgart.** In dieser Summe sind alle Kollekten und Spenden aus der Region enthalten. „Wir freuen uns, dass Spenderinnen und Spender Brot für die Welt auch 2015 ihr Vertrauen geschenkt haben“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, „ich danke herzlich allen, die dazu beigetragen haben.“ Bundesweit haben Spenderinnen und Spender die Arbeit von Brot für die Welt im vergangenen Jahr mit 57,5 Millionen Euro unterstützt. Das sind 1,8 Millionen Euro mehr als im Vorjahr (55,7 Millionen Euro).

Im Zentrum der Arbeit von Brot für die Welt und seinen Partnerorganisationen standen die Überwindung von Hunger und Mangelernährung, die Förderung von Bildung und Gesundheit, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Wahrung der Menschenrechte. Neu bewilligt wurden im vergangenen Jahr 553 Projekte in 79 Ländern. Die meisten Mittel (33 Prozent) flossen nach Afrika.

Neben Spenden und Kollekten erhielt Brot für die Welt 2015 Mittel des Kirchlichen Entwicklungsdienstes und Beiträge Dritter, vor allem aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Insgesamt standen dem Hilfswerk der evangelischen Kirchen und Freikirchen 255,4 Millionen Euro zur Verfügung. Die Gesamtausgaben für Projekte betragen 238 Millionen Euro oder 94,3 Prozent der Mittel. Für Werbe- und Verwaltungsaufgaben wurden 5,7 Prozent eingesetzt. Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bewertet die Werbe- und Verwaltungsausgaben an den Gesamtausgaben als niedrig.

Brot für die Welt ist das weltweit tätige Hilfswerk der evangelischen Landes- und Freikirchen. Gegründet 1959, fördert das Werk heute in mehr als 90 Ländern Projekte zur Überwindung von Hunger, Armut und Ungerechtigkeit.

Für die Diakonie Katastrophenhilfe spendeten die Baden-Württemberger 2015 7,1 Millionen Euro für. 2014 waren es fast 4 Millionen. Über 5 Millionen Euro davon kamen aus Württemberg (2014: 2,8 Millionen Euro). „Dieser enorme Anstieg zeigt, wie nah den Bürgerinnen und Bürgern hierzulande das Leid der Menschen in Katastrophengebieten geht und wie groß das Bedürfnis ist zu helfen,“ so Dr. Robert Bachert, Finanzvorstand des Diakonischen Werks Württemberg. „Herzlichen Dank den Spendern, den vielen Ehrenamtlichen und Ermöglicern, die die Arbeit der Diakonie hier und weltweit unterstützen.“ as

Weitere Informationen: Andrea Schlepper, Pressesprecherin, Tel.: 0711 1656 118, E-Mail: [schlepper.a@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:schlepper.a@diakonie-wuerttemberg.de)

### Bethesda Krankenhaus Stuttgart wechselt Trägerschaft

#### **Das Bundeskartellamt hat grünes Licht für die Übernahme des Bethesda Krankenhauses Stuttgart durch die Sana Kliniken AG gegeben.**

**Stuttgart.** Die Übernahme wurde durch die Wettbewerbshüter ohne Auflagen freigegeben, wie das Kartellamt dem Unternehmen in einem Schreiben mitteilte. In Deutschland unterliegen Unternehmenszusammenschlüsse der Kontrolle durch die Bundesbehörde, um nachteilige Auswirkungen auf den Wettbewerb auszuschließen.

„Wir freuen uns, dass das Bundeskartellamt so rasch entschieden hat“, begrüßte der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der Sana Kliniken AG, Thomas Lemke, die Entscheidung. „Das Haus verfügt über eine Vielzahl chirurgischer Fachbereiche und einen starken geriatrischen Schwerpunkt. Damit ergänzt es das vorhandene Leistungsspektrum der Sana im Raum Stuttgart hervorragend.“

Sana führt in Stuttgart bereits drei Krankenhäuser: Die Sana Herzchirurgie, das Karl-Olga-Krankenhaus und das Krankenhaus vom Roten Kreuz Bad Cannstatt.

Der Kaufvertrag zwischen der Sana Kliniken AG, dem christlichen Gesundheitskonzern AGAPLESION gemeinnützige AG und der Bethanien Diakonnen-Stiftung war am 28. Juli unterzeichnet worden.

Die Sana Kliniken AG ist die drittgrößte private Klinikgruppe in Deutschland. Mit 29 privaten Krankenversicherungen als Aktionären stellt Sana eine Besonderheit im Klinikmarkt dar. 2015 beschäftigte die Klinikgruppe 28.555 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Jahresumsatz beträgt 2,33 Milliarden Euro. Im Jahr 2015 wurden 2,2 Millionen Patienten behandelt. Die Sana Kliniken umfassen 48 Krankenhäuser und 8 Alten- und Pflegeheime.

Das Bethesda Krankenhaus Stuttgart ist ein Krankenhaus der Allgemeinversorgung mit einer über 100-jährigen Tradition evangelisch-methodistischer Diakonie im Zentrum von Stuttgart. Die Einrichtung verfügt über 150 Betten in den Hauptfachabteilungen Allgemein- und Viszeralchirurgie, Unfallchirurgie und Orthopädie, Fußzentrum Stuttgart mit technischer Orthopädie und Rheumaorthopädie und Sektion Kinder- und Neuroorthopädie, Innere Medizin, Diabetologie und Altersmedizin, Anästhesie, Intensiv- und Notfallmedizin, Schmerztherapie sowie einer Belegabteilung für Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde.

Weitere Informationen: Sana Kliniken AG, Oskar-Messter-Straße 24, 85737 Ismaning, Patrick Engelke, Tel.: 089/678204-340, E-Mail: [Patrick.engelke@sana.de](mailto:Patrick.engelke@sana.de)

### 1,5 Millionen Euro für Projekte

**Der internationale Missionsrat der Evangelischen Mission in Solidarität (EMS) hat die Förderung von insgesamt 59 Projekten der EMS-Mitgliedskirchen in neun verschiedenen Ländern beschlossen. Den Projekten werden 2017 und 2018 jährlich insgesamt 1,531 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.**

**Stuttgart.** Afrika, Asien und dem Nahen Osten haben viele neue Projekte zum christlich-muslimischen Dialog, zu nachhaltiger Entwicklung und zur Qualifizierung von Laien für kirchliche Aufgaben vorgelegt“, sagt Christine Grötzinger, Leiterin des Fachbereichs Projektförderung der Evangelischen Mission in Solidarität (EMS). „In wirtschaftlich aufstrebenden Ländern wie China und Indonesien engagieren sich die Kirchen außerdem zunehmend in der Begleitung und Pflege älterer Menschen, die nicht mehr innerhalb der Familien versorgt werden, und in Förderprogrammen für die armen städtischen Schichten.“ Der 17-köpfige internationale Missionsrat der EMS beschloss die Förderung von insgesamt 59 Projekten der EMS-Mitgliedskirchen in neun verschiedenen Ländern. Den Projekten werden 2017 und 2018 jährlich insgesamt 1,531 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

„Ein großes Thema, nicht nur im Nahen Osten, ist der Dialog mit dem Islam und die Frage nach christlichem Leben und Zeugnis in Regionen mit muslimischer Nachbarschaft“, sagt Pfarrerin Dr. Kerstin Neumann, Leiterin der Abteilung Mission und Partnerschaft. „Gerade in diesen Regionen evangelisieren viele Organisationen mit teilweise sehr unterschiedlichen Ansätzen. Der Missionsrat fordert deshalb die EMS-Gemeinschaft auf, sich eigene Richtlinien für die Evangelisationsarbeit in diesem Kontext zu geben.“

Ab 2017 startet außerdem die Vernetzung der geförderten Projekte, um den Verantwortlichen den Austausch von Erfahrungen und erfolgreichen Projektansätzen zu ermöglichen. Zur Sondierung ihrer Interessen und Wünsche wurde Anfang 2016 eine Facebook-Gruppe eingerichtet, in der Projekte der Gemeinschaft vorgestellt werden und Projektträger aus Arbeitsfeldern wie der HIV/AIDS-Bekämpfung, der kirchlichen Jugendarbeit und der Mikrokreditvergabe erste Fragen und Ideen austauschen können. „Auf einem internationalen Forum im März 2017 können sich alle interessierten Projektpartner treffen und über die Arbeit anderer informieren. Wir wollen dort themenbezogene Netzwerke initiieren, den Austausch von Wissen und Personal anbahnen und hoffentlich viele weitere Ideen entwickeln“, erläutert Grötzinger. pm

Christine Grötzinger, Fachbereichsleiterin Programm- und Projektförderung, EMS - Evangelische Mission in Solidarität e.V., Vogelsangstraße 62, 70197 Stuttgart, Tel.: 0711 636 78-34, E-Mail [groetzinger@ems-online.org](mailto:groetzinger@ems-online.org)

Dringende Nachbesserungen beim Bundesteilhabegesetz gefordert

**Mehr Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen – das ist das Ziel des neuen Bundesteilhabegesetzes, das ins parlamentarische Beratungsverfahren ging. Dass ein solches Gesetz dringend notwendig ist, ist breiter gesellschaftlicher Konsens. Ob der Gesetzesentwurf dieses Ziel aber auch erreicht, ist strittig. An welchen Stellen muss aus Sicht der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie noch dringend nachgebessert werden? Zu dieser Frage hatten das bhz und die Arbeitsgemeinschaft Diakonie in Stuttgart (DiS) die Bundestagsabgeordneten Ute Vogt, Beate Müller-Gemmeke und Dr. Stefan Kaufmann zu einer Diskussion eingeladen. Im Gespräch machten Fachleute, Angehörige und Menschen mit Behinderungen deutlich, wo nachjustiert werden muss, damit echte Teilhabe gelingt.**

**Stuttgart.** Beim geplanten Bundesteilhabegesetz (BTHG) gehen die Meinungen weit auseinander: Die Bundesregierung lobt es als „Meilenstein“ und „echten Fortschritt in der Behindertenpolitik“. Dieser positiven Bewertung stehen jedoch massive Proteste von Menschen mit Behinderung gegenüber. Auch die Behindertenverbände und Träger befürchten, dass es zu Leistungseinschränkungen und Verschlechterungen für viele Betroffene kommen kann, wenn im Gesetzesentwurf nicht nachgebessert wird.

„Das neue Bundesteilhabegesetz braucht noch Veränderungen“, räumte SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt bei der Diskussion im WerkHaus des bhz in Feuerbach ein. „Wir sind in der Fraktion aber froh, dass es das Gesetz nun endlich gibt.“ Das BTHG soll die UN-Behindertenrechtskonvention weiter umsetzen, die in Deutschland bereits 2009 in Kraft getreten ist. Auch CDU-Bundestagsabgeordneter Stefan Kaufmann zeigte sich daher grundsätzlich „froh, dass das Bundesteilhabegesetz jetzt auf den Weg gebracht wurde“. Für Grünen-Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke geht das Vorhaben zwar prinzipiell in die richtige Richtung. „Aber bei einem solch wesentlichen sozialpolitischen Gesetz sollte der Anspruch sehr hoch sein. Ein bisschen besser reicht nicht.“

Ein zentraler Kritikpunkt aus den Reihen der Träger betraf die Frage, wer künftig überhaupt leistungsberechtigt ist. Das Gesetz sieht vor: Nur wer in fünf bzw. drei von neun definierten Lebensbereichen Unterstützung benötigt, hat künftig einen Rechtsanspruch auf Eingliederungshilfe. Wer nur in der Schule eine Assistenz braucht, den Alltag ansonsten aber selbstständig bewältigen kann, muss auf das Ermessen des zuständigen Sachbearbeiters hoffen. „Diese Setzung ‚5 von 9‘ ist weder empirisch noch wissenschaftlich begründet“, kritisierte Irene Kolb-Specht, Abteilungsleiterin im Diakonischen Werk Württemberg. Albert J. Ebinger, Geschäftsführer der bhz, ergänzte: „Wir haben die Sorge, dass mit dem Gesetz Menschen mit Behinderung von der Eingliederungshilfe ausgeschlossen werden, die sie derzeit bekommen.“ Jeder, der Unterstützung zur Teilhabe benötigt, solle diese auch künftig bekommen, so die Forderung der Fachleute.

Ein weiteres Beispiel: Laut Gesetzesentwurf sollen die Leistungen zur Eingliederungshilfe extern verglichen werden. Ein Preis werde dann als angemessen anerkannt, wenn er im unteren Drittel liegt. „Auf diese Weise wird eine Preisspirale nach unten in Gang gesetzt, die auf Kosten der Qualität geht“, mahnte Albert J. Ebinger. „Das muss dringend geändert werden.“ Statt auf das untere Drittel zu verweisen, sei es weitaus sinnvoller, das Kriterium der Wirtschaftlichkeit einführen.

Poolen von Leistungen, Teilhabeberatung, Budget für Arbeit, Vermögensobergrenzen: Bei der Diskussion kamen viele weitere Punkte des neuen Gesetzes zur Sprache. Eines wurde deutlich: Die guten Absichten des Gesetzgebers halten aus Sicht der Fachleute der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie an vielen Stellen dem Praxistest nicht stand. „Wir freuen uns, wenn Sie unsere Forderungen und Verbesserungsvorschläge mit nach Berlin nehmen und in Ihren Gremien diskutieren“, gab Dekan Klaus Käßlinger, stellvertretender Vorsitzender der DiS, den Abgeordneten zum Abschluss auf den Weg.

Der Gesetzesentwurf wurde am 22. September in erster Lesung in den Bundestag eingebracht und anschließend im Ausschuss für Arbeit und Soziales beraten. Das neue Bundesteilhabegesetz soll ab 1. Januar 2017 stufenweise in Kraft treten.

#### **Forderungen der DiS-Diskussionsrunde (u.a.):**

- Keine Einschränkung der Leistungsberechtigten
- Kein Vorrang der Pflege vor der Teilhabe
- Kein Zwangspoolen von Leistungen
- Ermittlung des Hilfebedarfs bundeseinheitlich und unter Beteiligung der Träger
- Keine Preisspirale nach unten auf Kosten der Qualität („Preisvergleich im unteren Drittel“)
- Teilhabe zur Arbeit: Regelung von Qualitätsstandards für alle Anbieter
- Höhere Vermögensgrenzen für alle Menschen mit Behinderung
- Rechtsanspruch auf Teilhabe an Arbeit für alle schwerbehinderten Menschen

#### **Diakonie in Stuttgart (DiS)**

Zur Diakonie in Stuttgart (DiS) gehören 30 diakonische Einrichtungen mit insgesamt 280 Standorten in der Landeshauptstadt Stuttgart. Sie vertreten die evangelische Sozialarbeit in den Bereichen Altenhilfe, Arbeitshilfen, Bildung und Ausbildung, Krankenhäuser, Sozialpsychiatrie sowie bei den Hilfen für Menschen mit Behinderung, Jugendliche, Migranten, Schwangere, Suchtkranke und Wohnungslose.

Weitere Informationen: Evangelische Gesellschaft, Annette Kosakowski, stellv. Pressesprecherin, Büchsenstr. 34/36, 70174 Stuttgart, Tel.: 0711/20 54-231, E-Mail: [Annette.Kosakowski@eva-stuttgart.de](mailto:Annette.Kosakowski@eva-stuttgart.de)

Neuerungen im Gesetz nicht zu Lasten Betroffener und der Qualität

**Der Referentenentwurf für das Bundesteilhabegesetz liegt vor. Der Freundeskreis Mensch, großer Träger von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung im Landkreis Tübingen, kam mit der CDU-Bundestagsabgeordneten, Annette Widmann-Mauz, Parlamentarische Staatssekretärin und Wahlkreisabgeordnete im Wahlkreis Tübingen-Hechingen, ins Gespräch.**

**Gomaringen.** Torsten Hau, Vorstand beim Freundeskreis Mensch, befürwortet den Referentenentwurf im Grundsatz. Er hält den personenzentrierten Ansatz, also die Versicherungsleistungen stärker für die Klienten zu erschließen, für den richtigen Weg, ebenso die Gleichstellung der Eingliederungshilfe mit den anderen Rehaträgern. Außerdem sei der Einstieg in die ambulante Abrechnung bislang stationärer Leistungen richtungweisend. Allerdings bestehe die Befürchtung, dass der Verwaltungsaufwand für die Einrichtungen sprunghaft ansteigt, da dann mehrere Rehabilitationsträger zuständig sind. Auch dürften die Zugangsschwellen für Betroffene und Angehörige nicht ungewollt höher werden. Bei den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) befürchtet man, dass es zu einem Wettbewerb mit sonstigen Anbietern von Werkstätten kommen kann. Die Sorge beim Freundeskreis Mensch ist, dass Anbieter ohne die qualitativen Anforderungen und strukturellen Restriktionen der Werkstättenverordnung ihre Angebote platzieren dürfen und es eine Qualitätsspirale nach unten gibt. Der Freundeskreis Mensch ist überzeugt, dass die Werkstätten in ihrer derzeitigen Form auch weiterhin ein wichtiges Element der Teilhabe am Arbeitsleben sind.

Widmann-Mauz führte aus, dass sie sich der Befürchtungen bewusst ist und der Gesetzgeber entsprechende Kriterien für andere Arbeitgeber vorgesehen habe. Darüber hinaus wolle sie bei den Durchführungsverordnungen darauf drängen, dass diese zeitnah zum Gesetz umgesetzt werden. Bei diesem Gesetz gehe es nicht nur um die Frage der Durchführung und der Abrechnung der Leistungen geht, sondern insgesamt rund 5 Milliarden Euro mehr, zum Beispiel durch die Anhebung von Freibetragsgrenzen und Schonvermögen, für Betroffene zur Verfügung stünden. Einig war man sich, dass Neuerungen im Gesetz nicht zu Lasten der Betreuung der Betroffenen gehen kann und schon deshalb eine Erhöhung des Abrechnungsaufwandes kontraproduktiv wäre. Im Bezug zu den neu in den Markt eintretenden Akteuren meinte Widmann-Mauz, dass es bei den vorhandenen Anbietern nicht nur auf die reinen Kosten ankommt, sondern man als guter Dienstleister und attraktiver Arbeitgeber bei den Klienten und dem Personal punkten kann. Und nicht zuletzt habe Konkurrenz immer einen Entwicklungsschub ausgelöst. pm

Weitere Informationen: Freundeskreis Mensch, Herbert Beilschmidt, Öffentlichkeitsarbeit, Robert-Bosch-Str. 25, 72810 Gomaringen, Tel.: 07072/6001-106, E-Mail: [beilschmidt@freundeskreismensch.de](mailto:beilschmidt@freundeskreismensch.de)

### Kurznachrichten

**Stuttgart.** „Scham als tabuisierte Emotion und Möglichkeiten des Umgangs damit in der Supervisionsarbeit“ war das Thema des diesjährigen **Fachtagessupervision des Diakonischen Werks Württemberg** mit über 90 Teilnehmenden aus Diakonie und Kommunen. Referent war der renommierte Sozialwissenschaftler Dr. Stephan Marks. Neben grundlegenden Informationen über Scham und Würde zeigte er Forschungsergebnisse aus der Neurobiologie auf und referierte über verbreitete Scham-Abwehrmechanismen. Scham hat viele Gesichter: sie gilt als „Wächterin der menschlichen Würde“, sie kann aber auch Konflikte auslösen. Auch in Veränderungsprozessen bleibt diese Emotion oft unerkannt. Dr. Marks zeigte auf, wie in Supervisionsprozessen konstruktiv mit der Scham anderer umgegangen werden kann. Weitere Informationen: Pfarrerin Gudrun Bosch, Referentin für Supervision und Coaching, Tel.: 0711/1656-411, E-Mail: [bosch.g@diakonie-wue.de](mailto:bosch.g@diakonie-wue.de)

**Stuttgart.** „Mut zur Veränderung“ ist das **Thema des Filmwettbewerbs „Goldene Gans 2017“**, den die Evangelisches Medienhaus GmbH in Stuttgart und das Diakonische Werk Württemberg gemeinsam mit den beiden Landesverbänden für Kindergottesdienst in Baden und Württemberg ausschreiben. Regionale Unterstützer sind unter anderem die Evangelische Jugend Stuttgart, das Bibelmuseum „bibliorama“ und das Kulturamt Stuttgart. Kinder und Jugendliche aus Baden-Württemberg können ab sofort ihren selbst produzierten Kurzfilm einreichen – ob Spielfilm, Dokumentation, Musikclip oder Trickfilm. Der Wettbewerb „Goldene Gans“ richtet sich an Einzelpersonen und Gruppen der Kinder- und Jugendarbeit, an Kindertagesstätten, Schulklassen und Film-AGs. Zur Schulung pädagogischer Fachkräfte werden Film-Workshops angeboten. In drei Alterskategorien werden bei der Preisverleihung am 15. Juli 2017 im Stuttgarter Metropol Kino Geldpreise im Wert von insgesamt 1.777 Euro verliehen. Zudem vergeben der württembergische und der badische Landesverband für Kindergottesdienst gemeinsam den Bibel-Film-Preis „Silbernes Schaf“ für die am besten verfilmte Bibelgeschichte. Einsendeschluss des Filmwettbewerbs ist der 12. Mai 2017. Weitere Informationen, Produktionshilfen und Wettbewerbsbedingungen: [www.goldene-gans-filmpreis.de](http://www.goldene-gans-filmpreis.de)

**Stuttgart.** Das **Treffen von zwölf ehemaligen Landespfarrern**, heute: Vorstandsvorsitzende, **der Diakonischen Werke in Deutschland** mit Begleitung hat das Diakonische Werk Württemberg (DWW) organisiert. Die Verantwortung lag beim früheren Hauptgeschäftsführer des DWW Oberkirchenrat i. R. Jens Timm. Auf dem Programm standen am ersten Tag eine Führung in der Stuttgarter Stiftskirche und einem schwäbisch-vergnügli-chen Abend mit Pfarrer Jürgen Kaiser samt Weinprobe. Untergebracht waren die Gäste in der Evangelischen Diakonissenanstalt, deren Direktor Pfarrer Ralf Horndasch sie über die diakonische Einrichtung informierte. Ebenfalls am zweiten Tag gab es eine Führung durch das Seminar und Kloster Maulbronn durch den dortigen Ephorus. Beim Abendessen informierte Eva-Maria Armbruster, Stellvertreterin des Vorstandsvorsitzenden



des Diakonischen Werks Württemberg, über die hiesige Diakonie. Am letzten Tag hatten die Gäste die Gelegenheit, in der Leonhardskircher mit Dekan Klaus Käpplinger über die Diakonie in Stuttgart zu sprechen. Ein Mittagessen mit dem Vorstand des DWW rundete das Treffen ab. cm

**Stuttgart.** Junge Flüchtlinge – vom Analphabeten bis zur Studentin – teilen häufig einen Wunsch: Sie möchten einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz finden. Immer mehr dieser jungen Menschen kommen zu **JobConnections**. Die Anlauf- und Vermittlungsstelle für junge Menschen aus Stuttgart, bei denen es im Augenblick beruflich nicht weitergeht, stellt sich darauf ein: Um auch arabisch sprechende Eltern zu erreichen, gibt JobConnections jetzt einen **arabischen Elternflyer** heraus. Daneben baut der **Dienst der Evangelischen Gesellschaft** (eva) einen Stamm junger Menschen auf, die als Sprachvermittler bei Elterngesprächen fungieren. JobConnections vermittelt in Arbeit, Ausbildung und Bildungsangebote und unterstützt zusätzlich bei Bewerbungen. Von den über 9.000 jungen Leuten, die im Jahr 2015 von JobConnections unterstützt wurden, hatten rund 60 Prozent einen Migrationshintergrund. Insgesamt waren 57 Nationalitäten vertreten. pm

**Reutlingen.** Sie sind zwischen 15 und 18 Jahre alt und ohne Begleitung der Eltern aus ihren Heimatländern geflohen: aus Afghanistan, Gambia, Eritrea und Syrien. Seit einigen Monaten leben die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Wohngruppen der BruderhausDiakonie in Reutlingen und besuchen die Vorbereitungsklassen verschiedener Schulen. In den Ferien nehmen sie an der **Sommerschule der Oberlin-Jugendhilfe** teil. „Die Sommerschule ist ein Freizeit- und Bildungsangebot, das nicht nur die Integration der Jugendlichen fördert, sondern auch die Gruppendynamik verbessern kann“, erläutert Johannes Griesinger. Er ist als Bereichsleiter bei der Oberlin-Jugendhilfe für die Eingliederung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge zuständig. Für die Sommerschule hat Griesinger Mitarbeiter der BruderhausDiakonie, aber auch externe Dozenten ins Boot geholt. „Wir wollen die jungen Leute für den Alltag in unserer Gesellschaft fit machen“, betont der Bereichsleiter. Deshalb haben sich die Jugendlichen mit Themen wie dem Asyl- und Aufenthaltsrecht, ihrer Rolle als werdender Mann in Deutschland und dem Umgang mit Konflikten sowie dem Einhalten von Nähe und Distanz auseinandergesetzt. Bei einer Kanufahrt und einer GPS-Erkundungstour durch Reutlingen lernten sie zudem ihre neue Umgebung näher kennen. Ein wichtiger Programmpunkt war die Fahrradschule. Um den Spracherwerb von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu beschleunigen, hat sich der Sommerschule ein Deutsch-Intensivkurs unter Leitung der Wilhelm-Maybach-Schule angeschlossen. Auch die Oberlin-Jugendhilfe wird ihre Bemühungen um die Integration der Geflüchteten weiter vorantreiben. „Jeder soll seinen individuellen Weg finden und gehen können“, versichert Bereichsleiter Johannes Griesinger. „Dabei unterstützen wir jeden Einzelnen und engagieren uns mit allen Kräften.“ pm

**Ludwigsburg.** Der **Staatsanzeiger Baden-Württemberg** stiftet erstmals einen **Preis für herausragende Abschlussarbeiten an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg** (EH). Geschäftsführer Joachim Ciresa

hat die Auszeichnung bei der Zeugnisfeier vergeben. Vorgeschlagen werden Analysen von wissenschaftlichen Fragestellungen der „öffentlichen Verwaltung“. Erste Preisträgerin ist Ulrike Bubeck. Sie hat in ihrer Bachelorarbeit pflegerische, diagnostische und pädagogische Möglichkeiten gezeigt, um Lebensformen und Wissensarchive von demenziell erkrankten Menschen zu würdigen und sichtbar zu machen. „Mit der Analyse greift Frau Bubeck ein gesellschaftlich bewegendes Thema auf, das für die Kommunalverwaltungen wichtig ist“, würdigte Ciresa die Untersuchung. Ulrike Bubeck hat das Bachelorstudium Inklusive Pädagogik und Heilpädagogik abgeschlossen. Zusammen mit 28 weiteren Studierenden dieser Fachrichtung wird sie die Kompetenzen zur inklusiven Lebensgestaltung in den Arbeitsmarkt einbringen. pm

**Ludwigsburg.** Rund **300 Bewerbungen mehr** als im Vorjahr verzeichnet die **Evangelische Hochschule Ludwigsburg** für einen Studienplatz im 1. Semester. 2.558 Menschen registrierten sich seit Juni im Online-Bewerbungsportal, im Vorjahr waren es 2.252. Die Zulassungsbescheide für die Studiengänge Inklusive Pädagogik und Heilpädagogik, Frühkindliche Bildung & Erziehung, Soziale Arbeit und Internationale Arbeit sind versendet. Ebenso wurden rund 45 Studienausweise für die Bachelor-Studiengänge Diakoniewissenschaft und Religionspädagogik, die die Einsegnung in das evangelische Kirchenamt „Diakon/Diakonin“ ermöglichen, vergeben. Im Bachelorstudiengang Pflege können Personen ohne Pflegeausbildung Praxis und Theorie verknüpfen oder neu als examinierte Pflegefachkräfte eine akademische Ausbildung anstreben. Zum Wintersemester 2016/17 werden voraussichtlich 270 Menschen ein Studium an der EH aufnehmen, nochmals 35 mehr als vor einem Jahr. pm

**Heilbronn.** An Materiellem oder an Beziehungen arme Verstorbene werden in Heilbronn grundsätzlich würdig verabschiedet und bestattet. Dafür sorgt seit 2008 der von der **Mitternachtsmission** und St. Augustinus initiierte „Arbeitskreis Armenbegräbnisse“, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern diverser sozialer Einrichtungen, Behörden und Kirchen. Seither wurden weit über 100 Bestattungen für Obdachlose, von Altersarmut Betroffene oder Menschen ohne Angehörige durchgeführt. Anlässlich des Tags der Armut am **17. Oktober** lädt der Arbeitskreis zu einer **Gedenkfeier für einsame oder mittellos verstorbene Menschen** auf den Hauptfriedhof ein. Treffpunkt ist um **18 Uhr am Haupteingang (Wollhausstr.132)**. Bei gutem Wetter findet die musikalisch umrahmte Veranstaltung am Gräberfeld 49 beim Reiterdenkmal statt, bei Regen in der Aussegnungshalle. Beteiligt sind u.a. Bürgermeisterin Agnes Christner, Prälat Harald Stumpf und der stellvertretende Dekan Roland Rossnagel. Eingeladen sind alle, die den verarmten oder einsam verstorbenen Bürgern gedenken und mit dazu beitragen möchten, dass die Würde dieser Menschen über den Tod hinaus gewahrt wird. Dieses Gespräch, um vor (!) der Veranstaltung zu berichten, findet am 6. Oktober um 15.30 Uhr in der Beratungsstelle in der Steinstr. 8 statt.

Personalnachrichten

**Prof. Dr. Norbert Collmar ist als Rektor der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg wiedergewählt.** Der Senat hat ihn für eine dritte Amtszeit als Rektor wiedergewählt. Der Evangelische Oberkirchenrat hat daraufhin den promovierten Erziehungswissenschaftler und Pfarrer mit Wirkung zum 1. September 2016 zum dritten Mal als Rektor der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg eingesetzt. Die neue fünfjährige Amtszeit dauert bis Ende August 2021. Für die kommenden Jahre will der 58-Jährige die zurückliegende Ausbauphase mit den neuen Studiengängen und Projekten durch Gespräche mit dem Land Baden-Württemberg und dem Wissenschaftsministerium einerseits und der Württembergischen Evangelischen Landeskirche andererseits konsolidieren und absichern. Die Schaffung weiterer Räume steht dabei zunächst an oberster Stelle, weil zusätzliches Personal und ausgeweitete Studienplätze dies dringend benötigen. „Derzeit organisieren wir mit einzelnen Anmietungen die Räume für Lehre und Forschung, aber in den nächsten Jahren muss mindestens eine mittelfristige, besser eine Dauerlösung gefunden werden“, meint der in Ludwigsburg wohnende Rektor. pm